



Timon Gremmels

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kassel, 10. Februar 2023 | Ausgabe Nr. 123

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

die Ampelkoalition hat sich auf den Weg gemacht, um die Transformation hin zu einer digitalen, nachhaltigen und sozial gerechten Gesellschaft voranzutreiben. Damit uns das gelingt, müssen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Dazu gehören auch Gerichtsverfahren bei großen Infrastrukturvorhaben. In dieser Woche haben wir deshalb einen entsprechenden Gesetz im Bundestag beschlossen. So bringen wir die Deutschlandgeschwindigkeit in unser

Justizwesen, indem wir für gut ausgestattete Behörden und Gerichte sorgen, Verfahren entschlacken und zugleich den Rechtsschutz wahren.

Zur Transformation gehört auch die Mobilitätswende. Wir brauchen dringend mehr klimafreundliche und bezahlbare Mobilität, die gleichermaßen in städtischen und ländlichen Regionen funktioniert. Mit dem 9-Euro-Ticket haben wir im vergangenen Jahr gezeigt, wie attraktiv der ÖPNV ist und wie groß die Potenziale sind. Jetzt

kommt das Deutschlandticket! Für 49 Euro können ab dem 1. Mai Nah- und Regionalverkehr bundesweit genutzt werden. Besonders Berufspendler*innen entlasten wir damit finanziell. In dieser Woche brachten wir das Gesetz auf den Weg, um die Finanzierung des Tickets sicherzustellen. Das ist ein gutes Zeichen für die Mobilitätswende – und für den Geldbeutel der Bürger*innen.

Leider schüren einige Akteure in unserem Land Ressentiments gegenüber Geflüchteten. Auch der ehemalige Verfassungsschutzpräsident und CDU-Bundestagskandidat Hans-Georg Maaßen gehört dazu. Er verbreitet antisemitische und fremdenfeindliche Hetze. Trotzdem ist er weiterhin Mitglied der CDU und wird bis heute von Parteigliederungen und Funktionsträger*innen getragen. Er steht für die offene Flanke der Union nach rechts. Das schadet Deutschland und unserer Demokratie insgesamt. CDU/CSU müssen jetzt handeln. Ich erwarte, dass alle demokratischen Parteien sich deutlich von den Feinden unserer Demokratie abgrenzen. Die Brandmauer der SPD gegen rechts steht – dafür sorgen nicht zuletzt viele engagierte Kommunalpolitiker*innen und Genoss*innen jeden Tag.

Euer





Das Deutschlandticket für den öffentlichen Nahverkehr

Ab Mai gibt es das günstige Deutschlandticket

Das Deutschlandticket kommt! Nachdem sich Bund und Länder auf die wichtigsten Details geeinigt haben, brachten wir diese Woche im Deutschen Bundestag das Gesetz zur Finanzierung des Vorhabens auf den Weg. Damit kann die bundesweite ÖPNV- und Regio-Flat am 1. Mai für 49 Euro im Monat starten. Der Bund stellt dafür 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Das Deutschlandticket ist ein wichtiger Erfolg von uns Sozialdemokrat*innen. Mit dem Ticket wird Mobilität nachhaltiger und für viele Menschen bezahlbarer. Es ist eine wichtige Entlastung für viele Pendler*innen und ein wegweisender Baustein für die Mobilitätswende.



Nach dem erfolgreichen 9-Euro-Ticket im vergangenen Jahr kommt nun das digitale, bundesweit gültige Deutschlandticket – so haben es Bund und Länder Ende 2022 vereinbart. Das Ticket kann ab April 2023 im Abo gekauft werden und ist ab Mai gültig. Es kostet zu Beginn 49 Euro im Monat und ist monatlich kündbar. Mit dem Ticket können Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr deutschlandweit genutzt werden. So wollen wir den ÖPNV attraktiver machen und vor allem Pendler*innen finanziell entlasten. Zugleich leistet das Ticket einen großen Beitrag für mehr klimafreundliche Mobilität.

Um die Finanzierung des Deutschlandtickets zu gewährleisten, stellt der Bund den Ländern 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Die Bundesländer leisten einen Betrag in

derselben Höhe. Falls Mehrkosten entstehen, werden diese im ersten Jahr hälftig zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Das Deutschlandticket soll 2023 und 2024 evaluiert werden.

Den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes berieten wir in dieser Woche in 1. Lesung. Im Regionalisierungsgesetz ist festgelegt, dass den Ländern ein Anteil aus dem Steueraufkommen des Bundes zur Finanzierung des ÖPNV zusteht. Diese sogenannten Regionalisierungsmittel werden in erster Linie für den Schienenpersonennahverkehr eingesetzt.

Das Gesetzgebungsverfahren zum Deutschlandticket soll bis Ende März abgeschlossen sein, damit das Ticket zum 1. Mai 2023 starten kann.

➤➤➤ Mehr Infos unter www.nvv.de/deutschlandticket

Politische Patenschaft für Iraner

„Seyed Ali Mousavi muss freigelassen werden!“

Ich habe die politische Patenschaft für Seyed Ali Mousavi übernommen, der im Iran verhaftet wurde und über dessen Aufenthaltsort und Gesundheitszustand derzeit nichts bekannt ist.

Es gehört zu meinem Mandat, dass ich auf die Situation von Seyed Ali Mousavi und zigtausend anderer politischer Gefangener in iranischen Gefängnissen aufmerksam machen kann. Deswegen habe ich die politische Patenschaft sofort zugesagt. Ich werde alles tun, um das Leben Mousavis und jenes vieler andere zu retten. Mousavi muss freigelassen werden.

Seyed Ali Mousavi ist Absolvent der Sharif University of Technology, einer Elite-Universität in Teheran. Am 22. Januar wurde er in Gorgan in der Provinz Golestan verhaftet und an einen unbekanntem Ort gebracht. Seitdem gibt es keine Informationen über seinen Aufenthalt oder Gesundheitszustand.

Ich habe die politische Patenschaft für Seyed Ali Mousavi übernommen – und setze mich für seine Freilassung ein. Als politischer Pate appellierte ich daher bereits in einem Brief an den iranischen Botschafter, dass ich ausdrücklich gegen die Verhaftung Seyed Ali Mousavis protestiere und sehr be-

sorgt bin um das Leben dieses jungen Mannes“, so Gremmels. „Denn die Protestbewegung im Iran braucht dringend unsere Aufmerksamkeit und unsere Solidarität! Die Patenschaften helfen dabei, dem iranischen Regime zu signalisieren: Hier wird genau hingeschaut! So kann internationale Aufmerksamkeit Leben retten!“



#STOP

EXECUTIONS

IN

IRAN





Migrations- & Integrationspolitik

Neustart für eine fortschrittliche Politik

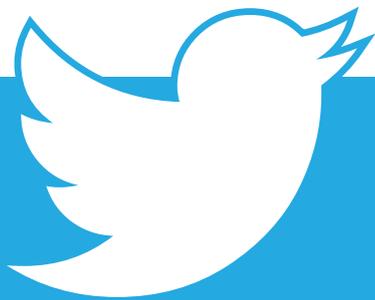
Wir sorgen für eine fortschrittliche Migrations- und Integrationspolitik, die einem modernen Einwanderungsland gerecht wird. Dazu gehört ein echter Paradigmenwechsel: Mit einer aktiven und ordnenden Politik wollen wir Migration vorausschauend und realistisch gestalten und Integration stärken. Vom Chancenaufenthaltsrecht über die erleichterte Arbeitskräftemigration, die Familienzusammenführung und die Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten bis zur doppelten Staatsbürgerschaft – in den nächsten Monaten werden wir die entscheidenden Weichen für einen solchen Neustart stellen. Dabei wollen wir mit unterschiedlichen Bausteinen für einen ganzheitlichen Ansatz in der Migrations- und Integrationspolitik sorgen.

Wir sorgen für geregelte Einwanderung, von der alle etwas haben: Der Mangel an Arbeitskräften ist Wachstumsbremse Nr.1, deshalb brauchen wir bessere Regeln für die Einwanderung von Fachkräften. Viele Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus sind schon längst gut angekommen in unserem Land. Sie sollen eine Chance erhalten zu bleiben.

Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung: Menschen auf der Flucht brauchen unsere Hilfe, so wie sie auch andere Menschen in Not erfahren sollen. Dafür stehen wir in Deutschland und Europa.

Wir stärken die Integration: Wir sind ein offenes und solidarisches Land. Wer sich für Deutschland entscheidet, soll auch gleichberechtigt dazugehören. Vom guten Ankommen ab dem ersten Tag bis zur Einbürgerung, am Arbeitsplatz genauso wie in der Gesellschaft. Wer sich in unserem Land einbringt – gesellschaftlich und wirtschaftlich – muss ein dauerhaftes Bleiberecht und die Staatsbürgerschaft erhalten können.

Bei unserer großen Migrationskonferenz haben wir uns darüber am Montag mit Fachleuten und Praktiker*innen ausgetauscht. Die Gesetzesvorhaben werden wir in den nächsten Wochen auf den Weg bringen.



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:

https://twitter.com/Timon_Gremmels

fb.com/TimonGremmels
 instagram.com/gremmels
 twitter.com/Timon_Gremmels
 linkedin.com/in/timon-gremmels



Grafik © rawpixel.com (via Freepik)



Digitalisierung der Energiewende

Ausbau von Smart Metern beschleunigen

Verbraucher*innen und Unternehmen können ihren Stromverbrauch üblicherweise über ihren Stromzähler ablesen. Mittlerweile ist dies auch digital möglich – durch ein sogenanntes intelligentes Messsystem („Smart Meter“). Über digitale Stromzähler („moderne Messeinrichtung“) können Verbraucher*innen und Unternehmen künftig ihren aktuellen Zählerstand, ihren tatsächlichen Stromverbrauch und ihre tatsächliche Nutzungszeit einsehen. Warum? Um ihr Verbrauchsverhalten und ihre Stromrechnung leichter nachzuvollziehen.

Auf diese Daten können wiederum Netzbetreibende und Energieliefernde über eine Kommunikationsplattform („Smart-Meter-Gateway“) zugreifen, um die Erzeugung und den Verbrauch aufeinander abzustimmen und das Stromnetz besser auszulasten.

Bisher kommt der Ausbau von Smart Metern („Smart-Meter-Rollout“) in Deutschland jedoch nur schleppend voran. Deshalb brachten die Koalitionsfraktionen in dieser Woche einen Gesetzentwurf zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende in den Bundestag ein. Der Entwurf sieht unter anderem einen gesetzlichen Rollout-Fahrplan mit verbindlichen Zielen bis 2030 vor. Die bisher erforderlichen, oftmals den Rollout aufhaltenden Freigabeerklärungen durch

das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden damit künftig entfallen. Überdies wird ein sogenannter „agiler Rollout“ ermöglicht, damit Smart Meter direkt nach dem Einbau gestartet werden können.

Die Kosten werden gerecht aufgeteilt. Mussten private Verbraucher*innen bisher oft bis zu 100 Euro jährlich pro Smart Meter zahlen, werden die jährlichen Kosten für Verbraucher*innen und Kleinanlagenbetreiber nun auf 20 Euro pro Jahr gedeckelt. Im Gegenzug werden Netzbetreiber stärker an den Kosten des Rollouts beteiligt, da sie künftig stärker von einem stabilen Netzbetrieb und einer besseren Datengrundlage profitieren.



Meine Rede im Bundestag



[... zum Thema Energieversorgung in Deutschland.](#)



Ausbau der Infrastruktur voranbringen

Verwaltungsgerichtliche Verfahren beschleunigen

Die Ampel hat es sich zur Kernaufgabe gemacht, den Bau neuer Infrastruktur – wie beispielsweise Windkraftanlagen, Stromnetze, Schienen oder Straßen – massiv zu beschleunigen. Neben der Straffung und Digitalisierung von Planungsverfahren muss darum auch die Dauer von Gerichtsverfahren bei großen Infrastrukturvorhaben weiter reduziert werden. Die Bundesregierung hat deshalb einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich auf den Weg gebracht, den wir in dieser Woche abschließend berieten.

Künftig erhalten Verfahren, für die bereits in erster Instanz die Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe oder das Bundesverwaltungsgericht zuständig sind, ein Vorrang- und Beschleunigungsgebot gegenüber anderen Verfahren. Erklärungen und Beweismittel, die Klagnede nicht innerhalb der gerichtlichen Frist vorbringen, sind für den weiteren Prozess künftig grundsätzlich ausgeschlossen („prozessuale Präklusion“). Das soll dafür sorgen, zügig den Prozessstoff zu bündeln.

In den parlamentarischen Beratungen wir Koalitionsfraktionen uns überdies darauf geeinigt, dass Oberverwaltungs- und Bundesverwaltungsgerichte künftig einfache Entscheidungen in kleinerer Besetzung treffen dürfen. Damit wird

ein Wunsch des Bundesverwaltungsgerichts umgesetzt. Personal wird so effektiver eingesetzt, Aktenberge können schneller abgearbeitet werden.

Überdies ermöglichen wir in eng umschriebenen Grenzen den Vollzug rechtswidriger Behördenentscheidungen bis zum Urteil in der Hauptsache („Unbeachtlichkeitsregel“). Behebbarer Fehler, die auch in absehbarer Zeit behoben sein werden, sollen im vorläufigen Rechtsschutz nicht zum Baustopp führen. Behörden werden künftig bei elektronischer Aktenführung verpflichtet, die Akten als digital durchsuchbare Dokumente vorzulegen. Wichtig ist, dass im nächsten Schritt die elektronische Aktenführung bei den Behörden ausgeweitet wird.



Meine Rede im Bundestag



[... zum Gesetzentwurf
der Bundesregierung zur
Beschleunigung bedeut-
samer Infrastrukturvorhaben.](#)



Gesetzentwurf zur Einführung digitaler Mitgliederversammlungen in Vereinen

Ein großer Schritt Richtung Digitalisierung im Vereinswesen

„Das Vereinswesen spielt eine große Rolle im alltäglichen Leben vieler Menschen. Die Mitgliederversammlungen sind das Herz eines jeden Vereins. Das gesetzliche Leitbild sieht die Versammlung in Präsenz vor. Während der Corona-Pandemie haben wir aber mit einer Sonderregelung den Vereinen mehr Flexibilität ermöglicht, um das Vereinswesen auch mit digitalen Sitzungen am Leben zu erhalten.

Jetzt haben wir eine dauerhafte Regelung gefunden, die für größte Flexibilität sorgt“, so Timon Gremmels, der SPD-Bundestagsabgeordnete für Kassel-Land und Stadt. „Mit dem Gesetzentwurf zur Einführung digitaler Mitgliederversammlungen in Vereinen erleichtern wir Vereinen die Arbeit und gehen damit einen großen Schritt Richtung Digitalisierung im Vereinswesen“, so Gremmels weiter.

Während der Kontaktbeschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie waren Mitgliederversammlungen in Präsenz nur unter großen Schwierigkeiten plan- und durchführbar. Daher erleichterte der Gesetzgeber die Vereinsarbeit durch größere Flexibilität bei der Einberufung digitaler Mitgliederversammlungen. Diese Regelung war jedoch befristet und lief im letzten Jahr aus. Trotz des Auslaufens und der stetigen Wiederaufnahme von Präsenzversammlungen wurde

die Frage nach einer Folgeregelung für digitale Mitgliederversammlungen drängend. Jetzt haben wir in der Ampelkoalition eine solche Regelung verabschiedet.

„Ohne Satzungsänderungen kann das einberufende Gremium nun die Versammlung in hybrider Form organisieren. Zusätzlich kann auch beschlossen werden, rein virtuelle Sitzungen abzuhalten, wenn die Mitgliederversammlung dies mit Mehrheit beschließt. Eine Satzungsänderung ist auch hier nicht erforderlich. Damit geben wir Vereinen die größtmögliche Freiheit, sich selbst zu organisieren und betonen gleichzeitig die Bedeutung der Mitgliederversammlung. Die Vereine und ihre Mitglieder können am besten entscheiden, welche Form für sie die Praktikabelste ist. Diese neue Flexibilität wird das Engagement in Vereinen stärken“, erklärt Gremmels.

Bundeshilfen für Flüchtlingsunterkünften in den Kommunen

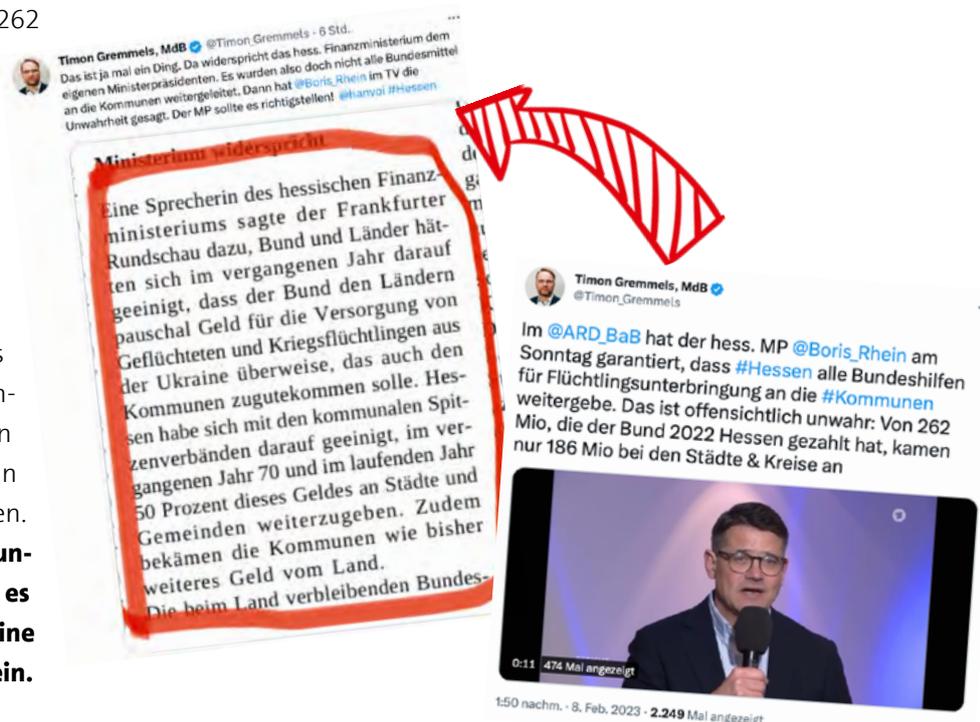
Nicht alle Gelder vom Land Hessen an Kommunen weitergeleitet

Im Interview am vergangenen Sonntag im „Bericht aus Berlin“ der ARD garantierte der hessische Ministerpräsident Boris Rhein, dass das Land Hessen alle Bundeshilfen für Flüchtlingsunterbringung an die Kommunen weitergebe.

Das ist jedoch offensichtlich unwahr: Von 262 Millionen, die der Bund 2022 an das Land Hessen gezahlt hat, kamen lediglich 186 Millionen bei den hessischen Städte und Kreise an.

Der Aussage Rheins widerspricht auch das hessische Finanzministerium. So teilte eine Sprecherin des Ministeriums der Frankfurter Rundschau mit, dass sich das Land mit den kommunalen Spitzenverbänden darauf geeinigt habe, 2022 70 und in diesem Jahr 50 Prozent der Bundeshilfen an die hessischen Kommunen weiterzugeben.

Fazit: Das Land Hessen hat nicht alle Bundesmittel an die weitergeleitet, für die es bestimmt ist. Hier erwarten wir als SPD eine Richtigstellung von Ministerpräsident Rhein.





KURZ

NOTIERT

1 Weniger Bürokratie bei der Schifffahrt

Daten über Inhaber*innen von Sportbootführerscheinern werden bei vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) beliebigen Verbänden – wie beispielsweise dem Deutschen Motoryachtverband oder dem Deutschen Segler-Verband – gesammelt. Um die Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Binnenschifffahrt für die Behörden zu erleichtern, sollen die Daten künftig auf Bundesebene zusammengeführt werden.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung schiffrechtsrechtlicher Vorschriften verpflichtet diese Verbände, das gesamte von ihnen verwaltete Verzeichnis der Führerscheininhaber*innen für die Sportschifffahrt im Bereich Binnenschifffahrtsstraßen bis zum 31. Dezember 2023 an die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt zu übermitteln und danach das Verzeichnis unverzüglich zu löschen.

Der Entwurf adressiert überdies das Thema Tauglichkeitsprüfungen. Alle Mitglieder der Besatzung eines Binnenschiffes müssen medizinisch tauglich sein. Um dies sicherzustellen, untersuchen Ärzt*innen regelmäßig die Tauglichkeit von Besatzungsmitgliedern. Laut Entwurf müssen diese Ärzt*innen künftig von der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik und Telekommunikation (BG Verkehr) zugelassen werden. Des Weiteren sieht der Entwurf die Möglichkeit vor, die Zulassung bestimmter Lehrgänge und die Durchführung von Befähigungsprüfungen auf juristische Personen des öffentlichen Rechts zu übertragen.

Insgesamt handelt es sich bei den Gesetzesänderungen um Anpassungen verwaltungstechnischer Natur und um Präzisierungen. Den Gesetzentwurf haben in dieser Woche abschließend beraten.

2 Steuertricks multinationaler Konzerne bekämpfen

Multinationale Konzerne, die ihre Gewinne in mehreren Ländern erzielen, können die unterschiedlichen Steuersysteme der jeweiligen Staaten ausnutzen, um weniger Steuern zu zahlen. Diese weit verbreitete Praxis wollen wir eindämmen. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, den wir in dieser Woche in 2./3. Lesung berieten, setzen wir ein Abkommen vom 14. August 2020 zwischen Deutschland und den USA um. Mit diesem Abkommen soll der Austausch von steuerrelevanten Informationen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erleichtert werden. Wenn Finanzverwaltungen alle notwendigen Informationen erhalten, lassen sich die Steuersparmodelle multinationaler Konzerne besser bekämpfen.

Konkret geht es darum, dass künftig länderbezogene Berichte von multinationalen Konzernen über ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten, ihre Gewinne und ihre Steuerzahlungen mit den USA automatisch ausgetauscht werden. Das Vorhaben geht zurück auf ein gemeinsames Projekt der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Auftrag der G20-Staaten. Es ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Steuergerechtigkeit auf internationaler Ebene.

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>



KURZ NOTIERT

3 Digitale Mitgliederversammlungen in Vereinen und Stiftungen stärken

In der Mitgliederversammlung wird nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) der überwiegende Teil der Angelegenheiten von Vereinen geregelt. Die Regel ist, dass Versammlungen in Präsenz stattfinden. Virtuelle oder hybride Versammlungen waren bisher nur durch eine Regelung in der Satzung möglich. Im Zuge der Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie ist dieses Prinzip jedoch an seine Grenzen gestoßen. Im März 2020 hatte der Bundes-

tag deshalb per Gesetz beschlossen, virtuelle Mitgliederversammlungen auch ohne eine entsprechende Satzungsregelung zu ermöglichen. Diese Regelung ist am 31. August 2022 ausgelaufen.

Da digitale Versammlungen sich jedoch über die Pandemie hinaus bewährt haben, beriet der Bundestag nun einen Gesetzentwurf des Bundesrates in der Fassung unseres Koalitions-Änderungsantrags. Künftig können Vorstände von Vereinen und Stiftungen die Versammlung in einer hybriden Form einberufen und somit die Teilnahme durch Bild- und Tonübertragung vorsehen. Zusätzlich ermöglichen wir es den Vereinen, dass die Mitgliederversammlung per einfachem Beschluss und ohne Änderung der Satzung zum Beispiel den Vorstand ermächtigen kann, die Versammlung in virtueller Form abzuhalten.

Damit werden Mitgliedschaftsrechte gestärkt, ehrenamtliches Engagement gefördert und bürokratischer Aufwand für Mitglieder, Vereine sowie Registergerichte, bei denen Satzungsänderungen einzureichen wären, gesenkt.

Internationale Hilfe

Erdbeben im Grenzgebiet zwischen Syrien und der Türkei

Das schwere Erdbeben in der Türkei und in Syrien ist eine entsetzliche Katastrophe. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, ihren Angehörigen und Freund*innen sowie bei all jenen, die ihr Zuhause verloren haben.

Mittlerweile ist die Zahl der Opfer auf über 11.000 gestiegen und die Opferzahlen steigen auch noch Tage nach dieser Katastrophe weiter. Zudem sind etwa 23 Millionen weitere Menschen von der Katastrophe betroffen. Behindert durch die eiskalten Temperaturen, versuchen die Retter*innen weiterhin, Überlebende aus den Trümmern der eingestürzten Gebäude zu bergen. Doch die Zeit wird knapp und knapper.

Mehrere Länder – darunter auch Deutschland – haben Hilfen in Form von Geld, Hilfsgütern oder Rettungskräften zugesagt – die Hilfen Deutschlands und der EU sind sofort angelaufen. Wir stehen bereit, bei der Bewältigung dieses Unglücks Hilfe und Beistand zu leisten.

Auch ihr könnt helfen – mit einer Spende!



Gemeinsames Spendenkonto:

IBAN: DE53 200 400 600 200 400 600

Verwendungszweck:
ARD/ Erdbeben Türkei und Syrien

spendenkonto-nothilfe.de

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie



Stiller Protest vor der Iranischen Botschaft

Am Dienstag habe ich als politischer Pate von Seyed Ali Mousavi gemeinsam mit anderen MdB-Pat*innen für die politischen Gefangenen im Iran vor der Iranischen Botschaft demonstriert. Denn die Protestbewegung im Iran braucht dringend unsere Aufmerksamkeit und unsere Solidarität! Es war ein stiller Protest von uns Abgeordneten für jene Menschen im Iran, die wir als ihre Pat*innen vertreten – und all die unzähligen weiteren politischen Gefangenen, die vom iranischen System verschleppt, gefoltert und hingerichtet werden. Unsere Botschaft: Wir schauen genau hin!



Aktion der Kinderkommission zum #RedHandDay

Der 12. Februar ist der Red-Hand-Day – der Internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldat*innen. Denn in einer Vielzahl von Ländern werden Minderjährige als Kindersoldat*innen missbraucht. Sie erfahren schon in jungen Jahren Unvorstellbares. Sie werden in den Kriegen der Erwachsenen in tödliche Kämpfe geschickt, müssen lebensgefährliche Botengänge übernehmen oder Sklavendienste leisten. Kindersoldatinnen werden häufig Opfer sexualisierter Gewalt.

Um ein Zeichen gegen diese schrecklichen Formen der Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ein Zeichen zu setzen, hat die Kinderkommission am Dienstag zur Aktion Rote Hand eingeladen. Dabei haben wird Abgeordneten mit unseren roten Handabdruck ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindern und Jugendlichen als Soldat*innen gesetzt.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie



Fotos © Peter Jülich



Hessengipfel in Friedwald

Herzlichen Glückwunsch Nancy Faeser zur Nominierung als unsere Spitzenkandidatin für die diesjährige Landtagswahl in Hessen! Ich freue mich auf den Wahlkampf mit dieser großartigen Politikerin. Wir arbeiten seit mehr als 15 Jahren vertrauensvoll zusammen. Daher bin ich mir sehr sicher: Nancy wird eine hervorragende Ministerpräsidentin, die die Themen der Menschen in Hessen stets im Blick hat. Für ihren Wahlsieg arbeiten wir!



Foto © Bijan Kaffenberger

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Besuch aus Kassel in Berlin

Diesen Mittwoch hat mich eine Gruppe des Fachbereichs Umweltgerechte Produkte und Prozesse von der Universität Kassel im Bundestag besucht.



Wie beschleunigen wir die urbane Energiewende?

Am Mittwoch war ich Gast auf dem Podium beim Zweiten Enpal-Solarklub. Dabei ging es um Fragen zum Thema Energiewende und Solarenergie in den Städten



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Der FutureSpace – ein besonderer Lern - und Experimentierort

Einfach ein tolles Projekt! Vergangene Woche hat sich Klaus-Peter Haupt vom FutureSpace in Kassel für mich Zeit genommen, um mir die Räume dieses besonderen und deutschlandweit einzigartigen Modellprojekts mitten in der Kasseler Innenstadt zu zeigen.

Der FutureSpace ist ein Bildungszentrum für alle ab 6 Jahren mit Schwerpunkt auf Naturwissenschaft und Technik. Das Angebot richtet sich an Schulklassen von Klasse 1 bis 13 und Jugendlicht sowie gleichzeitig – nachmittags und an den Wochenenden – an Erwachsene aller Altersgruppen.

Mich freut sehr, wie gut dieser für alle offen stehende Lernort (schaut also gerne mal in der Wilhelmsstraße 2 vorbei!) angenommen wird: Während meines Besuchs kamen viele Jugendliche vorbei, um sich an den Lerninseln Experimenten zu widmen und Wissen zu sammeln, um zu lernen und zu recherchieren.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie



Plauderdate in Niestetal

25 Menschen aller Generationen haben beim Plauderdate meines Ortsvereins Niestetal vergangene Woche zwei Stunden lang angeregt über Politik diskutiert. Genau solche Abende machen meinen Ortsverein aus!



Besuch im Museum für Sepulkalkultur

Vergangene Woche traf ich mich mit dem Direktor des Museums für Sepulkalkultur in Kassel Dr. Dirk Pörschmann, um u.a. Aktuelles rund um die Neukonzeption und den geplanten Umbau des Museums zu erfahren. Denn das Museum widmet sich bereits seit 1992 den Themenfeldern Sterben, Tod, Bestattung, Trauer und Gedenken. Nun ist es nach über drei Jahrzehnten an der Zeit, die Dauerausstellung auf den aktuellen Stand des gesellschaftlichen Diskurses und der wissenschaftlichen Forschung upzudaten – und das Gebäude selbst grundlegend zu renovieren, auf dass es zu den energetischen und konservatorischen Anforderungen eines zeitgemäßen Museumsbetriebs passt. Für eben diese grundlegende Renovierung und Neukonzeptionierung der Ausstellung erhält das Museum u.a. 7 Millionen Euro an Bundesfördermitteln.



Neujahrsempfang der SPD Vellmar

Endlich! Nach dreijähriger coronabedingter Pause fand endlich wieder der traditionelle Neujahrsempfang der Vellmarer SPD mit über 100 Gästen statt. Höhepunkt der Veranstaltung war die Jubilar*innen-Ehrung. Toll, welche beeindruckende Biografien die zur Ehrenden haben. Freue mich über so viel Treue zur Sozialdemokratie!

Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎ 0561 – 700 10 52
✉ buero@timon-gremmels.de 📺 TimonGremmels
🏠 www.timon-gremmels.de 📷 @gremmels